

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschloß
Tageblatt Riesa
Fennel Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weichenheim, des Finanzamts Riesa und des Hauptzolamts Weichen heim beiderseits bestimmte Blatt.

Postschloß
Dresden 1580.
Stroßasse
Riesa Nr. 52.

Nr. 22

Freitag, 26. Januar 1934, abends

87. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die gewöhnliche 48 mm breite mm-Zeile oder deren Raum 9 Rpf., die 10 mm breite, 3 gespaltene Reklame-mm-Zeile im Textteil 25 Rpf. (Grundschrift: Petit 3 mm hoch). Nachweisungsgebühr 27 Rpf., zeltraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Bei schlechtem und unentgeltlichen Manuskript wird Haftung abgelehnt. Telefonisch ausgegebene Anzeigen ohne Gewähr. Beste Tarife. Bei Einziehung der Gebühren durch Klage oder in Konkursfällen, sowie durch Zwangsvergleich wird der für Austräge etwa bewilligte Nachlaß hinfällig. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irrtümlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Vertriebsstellen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Notationsdruck und Verlag: Lang & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Hauptverleger: Heinrich Uhlmann, Riesa, verantwortlich für den gesamten Textteil. Stellvertreter: Rudolf Dittner, Riesa. Verantwortlicher Anzeigenleiter: Wilhelm Dittich, Riesa. D. N. XII. 33: 6500.

Danzig war in höchster Gefahr

Kommunisten-Aufstand in Deutschland schon vor dem Reichstagsbrand in Danzig angezündet

Dein Dank an den Führer!

Die einzige Feier am 30. Januar

Der Jahrestag der nationalsozialistischen Revolution soll ohne große Feiern und Festlichkeiten begangen werden. Bei der Wahl am 5. März 1933 hat der Führer vier Jahre Zeit gefordert, um seine großen Reformen durchzuführen. Es war der nationalsozialistischen Regierung trotz aller Fortschritte natürlich nicht möglich, der großen Not in einem einzigen Jahre Herr zu werden. Unzählige Volksgenossen müssen noch unter den Folgen der liberalen Mißwirtschaft leiden. Darum soll die einzige Feier des 30. Januar darin bestehen, daß diesen notleidenden Volksgenossen durch eine besondere Zuwendung von Lebensmitteln und Kohlen der Kameradschaftsgeist der ganzen deutschen Nation bewiesen wird.

Der nationale Spendentag soll nicht in Sammelaktionen sondern in Hilfsaktionen bestehen. Wenn auch die Opferbereitschaft des deutschen Volkes an diesem Feiertag nicht durch eine allgemeine Sammlung beansprucht wird, so wird doch jeder von uns seinen Dank an den Führer durch legenden ein Geschenk oder eine Spende sichtbar ausdrücken wollen. So mancher möchte gern dem Führer sein Liebste weihen zum Dank für seine ungeheure Leistung. Das ist natürlich nicht durchführbar, denn die Reichskasse könnte die Fälle der Gaben nicht fassen.

Dafür aber kann ein jeder an diesem Tage dem Führer dadurch danken, daß er einem notleidenden Volksgenossen am 30. Januar eine besondere Freude bereitet, indem er ihn zum Mittagessen einlädt, mit ihm in ein Theater oder ein Konzert geht, oder ihm irgendeine andere Freude bereitet.

Wenn sich die Volksgemeinschaft durch solche kleinen Feiern noch enger zusammenschließt, so wird das der höchste Dank an den Führer sein und gleichzeitig sein Werk weiter fördern.

Reichsjustizkommissar Frant gegen die schwarze Reaktion

K. Augsburg. Reichsjustizkommissar Staatsminister Dr. Frant hatte am Donnerstag der Stadt Augsburg seinen ersten offiziellen Besuch ab.

Vor den richterlichen Beamten hielt der Staatsminister eine bemerkenswerte Rede, in der er u. a. ausführte: Die Revolution habe uns auf dem Gebiete des Rechts endlich die Möglichkeit gegeben, das Rechtsgesetz auf den völkischen und rassistischen Elementen des deutschen Volkes wieder aufzubauen. Das klare Bekenntnis zum Staat des Rechts sei ein Zeichen der Stärke der nationalsozialistischen Regierung. Nur der Staat Adolf Hitlers könne es wagen, einem unabhängigen Richter zu vertrauen. Bedauerlich sei es, wenn die Justiz zu Härten greifen müsse. In diesem Zusammenhang erinnerte der Minister an das am Vortag vom Münchener Sondergericht gegen drei katholische Geistliche ausgesprochene Urteil. Auch die katholischen Priester seien verpflichtet, von früh bis spät ausschließlich Diener dieser neuen Volksgemeinschaft zu sein. An die richterlichen Beamten gewandt, betonte der Minister, daß die Justiz auch vor dem Priesterstand nicht halt machen dürfe. Es gebe irgend einer einen Sonderberuf im Leben habe. Weiter führte Staatsminister Dr. Frant aus: Es sollte sich jeder Politiker daran besinnen, daß die Zeit vorbei sei, die einmal in Bayern triumphiert habe. Die christliche Kirche genieße den Schutz des Staates und des deutschen Rechts im höchsten Maße. Wir verwahren uns aber dagegen, daß dieser Schutz mißbraucht wird zu Angriffen gegen unsere Kirche und gegen unseren Staat.

Ueberschwemmungskatastrophe in China Tausende von Todesopfern?

Die Ueberschwemmungen an der Grenze der chinesischen Provinzen Honan und Schihi greifen weiter um sich. Zuverlässige Angaben über die Menschenverluste und die Schäden liegen noch nicht vor. Chinesischen Berichten zufolge sind viele Dörfer hinweggeschwemmt worden. Tausende von Menschen, die sich auf die Hausdächer geflüchtet hatten, wurden hinweggerissen und ertranken.

Auffebenerregende Enthüllungen im Danziger Kommunistenprozeß

In Danzig. Die kürzlich erfolgte Aufdeckung einer riesigen internationalen Propagandazentrale in Poznan hatte bereits gezeigt, daß der Freien Stadt Danzig eine wichtige Stellung in den kommunistischen Weltrevolutionärsplänen zugeordnet war. Nunmehr ist durch den Prozeß gegen den früheren kommunistischen Volksstaatssekretären Krest und den Rotfrontführer Nutenoffi endgültig erwiesen, daß das scharfe Zerkleinern der nationalsozialistischen Danziger Staatsführung und die ständige Arbeit der Danziger politischen Polizei unter Leitung des Kriminalrates Somo nicht nur Danzig, sondern vor allem auch die übrigen Nachbarstaaten vor dem bolschewistischen Chaos bewahrt haben.

Die beiden Angeklagten, die während des Danziger Kassenarbeiterstreiks vor einem Hofe bewaffnete Banden mit Feuerwaffen gegen die Arbeitswilligen einmarschieren ließen, sind nunmehr von der Danziger Strafkammer zu den höchst anstößigen Gefängnisstrafen von 2 Jahren bzw. 2 Jahren 4 Monaten verurteilt worden.

In der Urteilsverhandlung führte der Vorsitzende aus: In weiten bürgerlichen Kreisen sei man sich gar nicht recht klar darüber gewesen, was Danzig durch die RPD gebroht habe. Bestätigt sei, daß der RPD, mit Waffen versehen worden sei. Die Mittel zur Anschaffung der Waffen seien zum Teil von der RPD, hergegeben worden. Mitglieder der RPD, und des RFB, seien in größtem Maße mit Pistolen und anderen Waffen versehen worden. Die Organisation des RFB, hatte einen militärischen Charakter; es wurden Geländebereinigungen und Schießübungen mit Karabinern veranstaltet. Daraus ergab sich das Delikt eines unbefugten Gebildes und bewaffneten Hausens. Bei der Strafsumme müsse man berücksichtigen, daß die Höchststrafe von 2 Jahren wegen dieses Vergehens nicht mehr für die heutige Zeit passe. Eher wäre eine lange Zuchthausstrafe für diese Tat angebracht.

In der Verhandlung selbst ergaben sich haarsträubende Einzelheiten über die Vorbereitung großer Terroraktionen durch die RPD, und des RFB, in Danzig. Unter Aufwendung erheblicher Geldmittel haben die Angeklagten ihre

Wahlpläne planmäßig mit Schusswaffen ausgerüstet, auch geladene und zu Feuerüberläufen ausgehandelt. Einzelne RFB-Mitglieder wurden zur Ausbildung auf eine russische Kriegsschule geschickt. Ein Zeuge machte die aufsehenerregende Aussage, daß ihm ein RFB-Mann schon vor dem Reichstagsbrand mitgeteilt habe, es werde am 12. März in Deutschland losgehen.

Die Aktion gegen die Kommunisten in Danzig Bestrafung von Werbefolklern unter Führung polnischer Juden

In Danzig. Die Danziger politische Polizei hat im Anschluß an die Ergebnisse der Gerichtsverhandlung gegen 2 Drahtzieher der kommunistischen Propagandaorganisation eine umfassende Organisation gegen die Träger der kommunistischen Wahlarbeit eingeleitet. Als erste Maßnahme wurde im Laufe des Donnerstags eine kommunistische Bücherstube aufgehoben. Es wurde schwerbelastendes Material gefunden, aus dem sich ergab, daß diese Bücherstube eine Hauptzentrale der kommunistischen Propaganda gewesen ist. Es wurden Beziehungen zum Rotfrontkämpferbund und eine Unterabteilung auf gemaltem Umkreis gerichtet Arbeit festgelegt. Der Verkäufer Kemle wurde verhaftet. Der politische Polizei ist es ferner in den letzten Tagen gelungen, zwei kommunistische Werbefolklern, die unter Führung polnischer Juden standen, unschuldig zu machen. Die erste dieser beiden Kolonnen, die abseits der Hauptstraßen der RPD-Zentrale an die illegalen Unterorganisationen weiterleitete, und durch 5 Untergruppen verteilte, fand unter Führung des erst 17-jährigen polnischen Juden Israel Rom, der von der Studentin Wafa Cichmann und dem Rassengelehrten Rejnach Schapfammer unterkühlt wurde. Während die beiden letzteren festgenommen und nach Polen ausgewiesen wurden, wurde Israel Rom vom Jugendgericht zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Die übrigen auf städtischer Ebene ergriffenen Mitglieder der Kolonne, verführte Jungearbeiter aus Odra bei Danzig, wurden am Donnerstag wegen Verteilung der „Roten Fahne“ und der „Jungen Garde“ vom Schloß der Roten Fahne zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die zweite Kolonne, die aus 16 Kommunisten bestand, wurde bei der Ausübung ihrer Tätigkeit in der Danziger Niederung festgenommen.

Unsere Stellung zum Ausland Neußerungen des Reichsministers Dr. Goebbels

Reichsminister Dr. Goebbels äußerte sich einem zur Zeit nach Berlin entlassenen Sonderberichterstatter des „Krauer Illustrierten Kurier“ gegenüber über dessen verschiedene Fragen u. a. über die nationalsozialistische Bewegung in Oesterreich:

Der Nationalsozialismus in Oesterreich durchlebt seine Geburtswehen, d. h. er befindet sich in einer Periode der Auseinandersetzung mit Widerständen, die auch das deutsche Volk hat überwinden müssen, damit der nationalsozialistische Gedanke zur Entfaltung kam. Darüber, daß allein dieser Gedanke auch dem österreichischen Volksempfinden entspricht, kann angefaßt der Gemeinstand der Abstammung und auch der geistigen und seelischen Einstellung des deutschen und des österreichischen Volkes kein Zweifel bestehen. Es ist deshalb ein Irrtum, zum Teil aber auch böswilliges Mißverstehen, wenn die begeisterte Teilnahme, mit der das deutsche Volk die Symptome eines Entwicklungsganges verfolgt, den es selbst bereits durchschritten hat, als eine bewußte und gewollte Einwirkung auf diesen Entwicklungsgang hingestellt wird. Da wir uns über den Ausgang dieses Prozesses keine Sorgen zu machen brauchen, wäre eine solche Einwirkung nicht nur überflüssig, sondern sie läge auch nicht im Interesse des österreichischen Volkes. Es ist eine besondere Eigenart des Nationalsozialismus, daß er seine Kraft an den ihm entgegengekehrten Widerständen steigert, um die schließlich endgültig zu überwinden.

Auf die Frage nach einer Verständigung zwischen Polen und Deutschland antwortete der Minister:

Eine Verständigung zwischen Deutschland und Polen ist der Wunsch des Reichsministers Adolf Hitler, dem er nicht

nur in seinen Reden sondern auch in zwei Ausprägungen mit dem Berliner polnischen Gesandten besonderen Ausdruck verliehen hat. Die auf dieser Grundlage eingeleiteten diplomatischen Besprechungen haben die Aufgabe, die Ursachen bisheriger Mißverständnisse zu beseitigen und mit einer Atmosphäre des Vertrauens auch die Basis für ein gutes nachbarliches Verhältnis zu schaffen. Ein gemeinsamer Wille zur Erreichung dieses Zieles muß trotz der Kompliziertheit der Probleme, die die Interessen beider Völker berühren, zu einem guten Ergebnis führen.

Die Frage, ob eine Kriegsgesfahr in Europa besteht, antwortete der Minister Dr. Goebbels wie folgt: Es ist eine tiefbedauerliche Erscheinung, daß die Entscheidung der Schicksalsfrage eines Volkes, der Frage über Krieg und Frieden in den meisten Ländern in der Macht von bestimmten Schichten oder Persönlichkeiten ruht, die den Krieg aus eigener Erfahrung überhaupt nicht oder nur teilweise kennen. Aus dieser Tatsache ergibt sich, daß die Perspektive eines Krieges nicht nur mit einiger Leichtigkeit erzwungen wird, wie sie nur die aufbringen können, die ihn praktisch nicht durchgemacht haben, sondern daß dieser Perspektive in unverantwortlicher Weise auch in der Weltmeinung ein so breiter Spielraum eingeräumt worden ist.

Wenn der Gedanke des Reichstanzlers, daß in allen Ländern vor allem den ehemaligen Kriegsteilnehmern ein vorzugswürdiges Mitbestimmungsrecht an der Entscheidung über Krieg und Frieden einzuräumen ist, verwirklicht werden würde, so würde hierin die sicherste Garantie gegen jeden Krieg zu erblicken sein. Ich sehe dann keinerlei Gefahr mehr, daß ein Arica auf neue Europa erkämpft